

Textilarbeiter-Zeitung

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

Schriftleitung: Düsseldorf, Konordiastraße Nr. 7. Fernruf Nr. 4423. Telegramme: Textilverband Düsseldorf.

Verlag: Bernh. Otte, Düsseldorf,
Konordiastraße 7.
Druck und Versand Joh. van Aken,
Crefeld, Luth. Kirchstraße Nr. 63-65.
Fernruf: 4692

Die „Textilarbeiter-Zeitung“ erscheint jeden Samstag. Verbandsmitglieder erhalten die Zeitung unentgeltlich. Bestellungen durch die Post für das Vierteljahr 3 Mark.

Das große Textilarbeiter-Elend und unsere wichtigste Aufgabe.

Trotzdem die Waffen nun bald seit einem Jahre ruhen, ist von einer Behebung der drückendsten Not unter der Arbeiterschaft im allgemeinen leider noch herzlich wenig zu verspüren. Die augenblicklichen Sorgen und Nöten sind aber ganz besonders drückend für die deutschen Textilarbeiter und -Arbeiterinnen. Zur Zeit trifft mehr denn je zu, daß die Textilarbeiter im wahrsten Sinne des Wortes Stiefkinder der deutschen Arbeiterschaft sind. Sie konnten nicht wie die Arbeiter der eigentlichen Rüstungsindustrien während des Krieges die „Konjunktur“ ausnützen, und jetzt nach dem Kriege haben sie infolge des Fehlens notwendiger Rohstoffe und der dadurch bedingten ungenügenden Beschäftigung ebenfalls wieder einen überaus schwierigen Stand.

Und nun kommt bald — für die allermeisten nur zu bald — die rauhe und kalte Winterszeit. Wie oft schon haben wir in den letzten Wochen Frauen unserer Mitglieder seufzen hören: „Ja, wenn wir doch nur erst über diesen Winter wären!“ Jeder mit den wirklichen Verhältnissen in unsern Textilarbeiterfamilien Vertraute weiß nur zu gut, daß die Sorge darüber, was die nächste Zukunft bringen mag, vollauf begründet ist. Es ist leider wahr, und alle Anzeichen deuten ja auch darauf hin, daß der kommende „Friedenswinter“ — dieser erste Winter nach dem furchtbarsten aller Kriege — auch der große Not leidenden Textilarbeiterarbeiterschaft nicht nur keine wesentlichen Erleichterungen bringen, sondern in mancher Hinsicht in Bezug auf Entbehrungen und Leiden noch größere Opfer auferlegen wird wie seine Vorgänger.

Der bittere Leidensleib

wird, wie es wohl den Anschein hat, von uns bis zur Reize ausgeleert werden müssen. Jetzt, wo schon bald 12 Monate lang der Krieg beendet ist, scheint das Elend, das sich schon ohnehin in unheimlicher Fülle über unser Volk ergossen hat, sich noch weiter zu häufen.

Sehr ernste Schwierigkeiten entstehen den Frauen unserer Mitglieder zunächst durch die Versorgung mit Kartoffeln für den kommenden Winter. Im vorigen Jahre hatten sich manche Mitglieder um diese Zeit wenigstens in etwa schon einen kleinen Vorrat an Kartoffeln zulegen können. Heute weigern sich aber sehr viele Kreise hartnäckig, Kartoffeln zu liefern. Diese haben kaum die Hälfte ihrer Produktion angegeben. Andere Kreise wieder, die in früheren Jahren sogar Ueberschüsse in Bezug auf Kartoffelerzeugung erzielt, beanspruchen in diesem Jahre eine Verteuerung mit Kartoffeln. Städte und Landgemeinden, die in den vergangenen Jahren die Kartoffeln von ihren Nachbargemeinden geliefert erhielten, sind jetzt auf Bezugskreise verwiesen worden, die hunderte von Kilometern entfernt liegen. Von dort sollen sie nun Kartoffeln beziehen, was aber bei der derzeitigen Kohlen- und Transportmittelnot — wenn es überhaupt möglich ist — so doch nur unter sehr schwierigen Umständen geschehen kann.

Diese und noch andere Umstände sind schuld daran, daß die Preise für dieses wichtige und für die Arbeiterschaft geradezu unentbehrliche Nahrungsmittel, noch immer so ganz ungewöhnlich hoch sind. Rationierte Kartoffeln stehen augenblicklich bis zu 20 M. für den Zentner im Preise, während man aber für die Kartoffeln, die unter der Hand abgegeben werden, 35—40 und noch mehr Mark für den Zentner bezahlen muß. Wie soll der Textilarbeiter aber da mit seinem Verdienste auskommen, wenn er schon allein für Kartoffeln solche Phantasiereise zahlen muß?

Schwieriger aber noch als die Beschaffung der Kartoffeln wird im bevorstehenden Winter die Versorgung mit Kohlen werden.

„Ihr werdet frieren müssen!“

So hat man uns ehemaligen Feldgrauen schon während des Krieges jedesmal in der Winterszeit

vor Antritt von Urlaubsreisen in die Heimat „belehrt“. Was uns aber in dieser Hinsicht im kommenden Winter bevorzusehen droht, scheint das alles, was wir im Kriege in der Heimat erlebt haben, noch in den Schatten zu stellen. Darauf deuteten jetzt schon die augenblicklichen Kohlenpreise von 10 M. für den Zentner hin, wobei allerdings berücksichtigt werden muß, daß — wiederum infolge der Transportmittelnot — die hohen Frachtpreise auf die Kohlenpreise gelegt sind. Einem Kriegs- oder Revolutionsgewinnler mag es ja gar nicht schwer fallen, diesen Preis zu zahlen, für die Textilarbeiter ist er aber nachgerade unerträglich. Durchaus verständlich ist uns darum auch die große Erbitterung in Textilarbeiterkreisen, und zwar nicht nur allein über die hohen Kohlenpreise, sondern auch über die mit der Kohlenversorgung in Zusammenhang stehenden schreienden Ungerechtigkeiten. Während der Arbeiter und der „gewöhnliche“ Mann seine Kohlen sich Zentner für Zentner beim Händler selbst holen muß, kann er Tag für Tag mit eignen Augen ansehen, wie „bessere Leute“ die Kohlen mit ganzen Fuhrn und vollbeladenen Kraftwagen bis ans Haus geliefert bekommen.

Aber noch in anderer Hinsicht wird dem arbeitslosen Textilproleten tagtäglich vordemonstriert, daß sowohl eine Lebensmittel- wie auch Kohlennot in Wirklichkeit nur für die Arbeiter und die kleinen Leute besteht, nicht aber auch für jene Kreise, die einen vollgepackten Geldbeutel besitzen. Das gilt vor allem bezüglich des Mehls und der Backwaren. Gemisch hat es gottlob bis jetzt noch stets, wenn auch nicht immer in genügend ausreichenden Mengen, Brot und Mehl gegeben. In der letzten Zeit war aber das Brot manchmal halb völlig ungenießbar. Man kann darum mit Recht vermuten, daß das behördliche Mehl ausgefiebt und zu Feinbäckereien verwandt wird.

Die Textilarbeiter mit ihren noch viel zu niedrigen Löhnen sind aber nicht in der Lage, sich Brötchen und anderes Feinbäckwerk kaufen zu können. Sie werden ja schon ohnehin demnächst von der bereits angekündigten Brotverteuerung wieder besonders hart genug betroffen.

Eine ernsthafte Gefährdung unserer Brotversorgung

müssen wir dann auch noch in dem gewissenlosen Treiben mancher „Händler“ erblicken. Wie man uns z. B. aus an der holländischen Grenze gelegenen Ortsgruppen unseres Verbandes mitteilt, macht sich dort in der letzten Zeit besonders der Korn- und Lebensmittel Schmuggel stark bemerkbar. Schieber und Wucherer scheuen sich nicht, Korn zu Preisen von über 100 M. für den Zentner nach Holland zu verkaufen, unbekümmert darum, ob dadurch unsere Brotversorgung unmöglich und der Wert deutschen Geldes noch mehr herabgedrückt wird. Wenn diesem Lebensmittelwucher und Schmuggel nicht bald seitens der maßgebenden Behörden ganz entschieden entgegengetreten wird, dann ist auch in bezug auf Brotversorgung — und zwar nicht nur allein für den Winter, sondern für die ganze Zeit bis zur nächstjährigen Ernte — das Allerschlimmste zu befürchten.

Unentbehrlich, besonders für kinderreiche Familien, ist die Milch. Und nun erleben wir, daß auch diese nicht nur fortwährend rarer, sondern auch teurer wird. Der ganzen Menschheit Jammer wird einem so recht offenbar, wenn man zusehen muß, wie unsere armen Kinder, wie alte und kranke Leute selbst dieses Wenige noch entbehren müssen. Auch die Preise für Fett und Margarine machen den Textilarbeitern eine Eindeckung vollständig unmöglich. Inlandsmargarine — wo solche überhaupt noch erhältlich — ist 100 Prozent und Auslandsfett 200 und mehr Prozent teurer geworden gegen die Preise um dieselbe Zeit im vorigen Jahre. Eier sind nur zu unerschwinglich hohen Preisen zu haben. Und Fleisch aus Schwarzschlachtungen kann nur von Leuten gekauft werden, die nach den Preisen nicht zu fragen brauchen. Für Textilarbeiter sind das

alles nur Ansichtsartikel, nur Waren, die sie sich — in diesem Falle völlig kostenfrei — in den Auslagen der Kaufäden von außen — ansehen können.

Aber noch größere und noch weit mehr zum Himmel schreiende Ungerechtigkeiten

können sich die Textilarbeiter — besonders jene in den Städten — Tag für Tag ansehen. Unausgesetzt können sie beobachten, wie überall Kriegsgewinnler und Schieber den Ton angeben. Wie sie leben, leben und nur leben. Wie bei diesen Schmarozkern am Volkskörper das Geld flüchtig geworden ist wie noch nie. Wie für diese feisten Genussmenschen laufende Autos, knisternde Seide, Wein, Wein und Gefang nur mehr der Ausdruck des Lebens geworden sind. Dieses Gefindel, das während des Krieges aus dem Blute der Volksgenossen Geld gemilzt hat und nach dem Kriege Schiebergeschäfte mit notwendigsten Lebensmitteln treibt, wird in steigendem Maße zu einer öffentlichen Gefahr.

Diese Ungerechtigkeiten haben schon viel böses Blut geschaffen und vermehren noch täglich die Erbitterung aller rechtlich denkenden Volkstreue. Unsere organisierten Textilarbeiter verlangen nicht nach Reichthümern, um nach Art der Schieber und Kriegsgewinnler ein Schlemmerdasein führen zu können, aber sie verlangen mit Zug und Recht eine angemessene Entlohnung. Sie fordern einen ausreichenden Verdienst, damit sie zum mindesten menschenwürdig existieren können. Es muß frank und frei erklärt werden, daß die Löhne, wie sie gegenwärtig in der Textilindustrie gezahlt werden, völlig ungenügend sind angesichts der fortwährenden Steigerung der Preise für Lebensmittel, für Kohlen, Mieten, Beleuchtung, Bekleidung, Steuern, Porto, Bahnfahrten usw.

In bezug auf die allgemeine Not in Kleidung und Wäsche muß einmal offen gesagt werden, daß in dieser Hinsicht bei der Textilarbeiterarbeiterschaft die Lage einfach zum Verzweifeln ist. Wenn auch in den Auslagen der Geschäfte alles zu sehen und zu haben ist, so ist es aber, vor allem den kinderreichen Familien, nicht im entferntesten möglich, das Allernotwendigste an Schuhen und Strümpfen, Hüten und Kleidern, Bett- und Leibwäsche zu kaufen. In dieser Beziehung hat das

Elend unter der Textilarbeiterbevölkerung

nachgerade den höchsten Grad erreicht.

Dann kommen noch hinzu die fortwährenden Mietsteigerungen. Kaum hat sich der Mieter mit einer neuen Mietsteigerung abgefunden, ist der Hausbesitzer schon wieder mit einer neuen Forderung da. Und stets weiß er seine Forderungen glänzend zu begründen — vorausgesetzt, daß er diese Mühe überhaupt für notwendig hält. Die Steigerung der Reparaturkosten, der Materialpreise und der Arbeitslöhne muß auch dann zur Begründung dienen, wenn sich der Hausbesitzer um die Ausführung von Reparaturen unter allen möglichen Ausdrücken zu brüden weiß. Als weitere Gründe dienen die Erhöhung der Hypothekenzinsen, die Steigerung der Verwaltungskosten, die Entwertung des Geldes usw. Kurzum, auch hier wird im allgemeinen von den Hausbesitzern gar nicht danach gefragt, ob die Mietsteigerung einen Schieber oder Wucherer, oder einen viel zu gering entlohnerten Textilarbeiter trifft.

Warum wir heute auf diese nackten Tatsachen, denen wir gegenüberstehen und die jeder, der sehen will, schon längst erkannt hat, ausführlicher hinweisen? Weil im allgemeinen die Lohnsätze in unserer Textilindustrie gegenüber den Teuerungsverhältnissen viel zu niedrig sind und zwar meist so niedrig, daß — wie vom Kollegen Fahrenbrach gelegentlich der letzten Generalversammlung unseres Verbandes ausgeführt wurde — die Textilarbeiter kaum die rationierten Lebensmittel und die allernotwendigsten Bedarfsartikel kaufen können. Kollege, Fahrenbrach konnte in der Generalversammlung mitteilen, daß ihm Tarifverträge aus Sachsen zu Gesicht gekommen seien, in denen für

Arbeiterinnen Stundenlohnsätze von 30—60 Pfg. und für männliche Arbeiter Lohnsätze von 45—90 Pfg. festgelegt waren, für Unzulernende unter 16 Jahren 25 Pfg.

Nach einer Aufstellung des statistischen Amtes der Stadt Warmen über die Preise für die während der letzten acht Monate rationierten Lebensmittel waren für eine Person aufsummiert in den vier Monaten Januar bis April 94,15 M., dagegen in den vier Monaten Mai bis August 189,90 M. Das ist

eine Verdoppelung der Auslagen allein für die rationierten Lebensmittel,

die in der geringen Steigerung der Löhne während der letzten Monate durchaus keinen Ausgleich findet. Nach Aufstellung desselben Amtes sind jedoch für die Ernährung einer Person pro Woche noch weiterhin mindestens 24,16 M. für nicht rationierte Lebensmittel aufzuwenden. Nimmt man hinzu die Aufwendungen für Miete, Bekleidung, Licht und Heizung, so kommen wir zu Sätzen, die mindestens eine Verdoppelung der vorhin genannten tariflichen Löhne erfordern, wenn die Textilarbeiterschaft nur ein notdürftiges Auskommen finden will.

Eine wesentliche Heraussetzung der Löhne und Verdienste ist darum dringend geboten. Mit den Lohnerhöhungen muß unverzüglich dort begonnen werden, wo die Löhnsätze am niedrigsten sind. Das soll unsere wichtigste Aufgabe für die aller nächste Zeit sein. Besondere bei den bevorstehenden Tarifrevisionen muß mit aller Entschiedenheit und Festigkeit auf das Ziel, Gewährung ausreichender Löhne hingearbeitet werden.

Wann wird endlich mit den Schiebern und Wucherern gründlich aufgeräumt?

Wann wird aufgeräumt mit dem öffentlichen Klagereis der Vergnügungssucht dieser selben Leute und wann wird aufgeräumt mit der Teuerung, soweit sie aus diesen Kreisen mit verursacht wird? Diese berechtigten Fragen werden von der „Achtmütigen Volkswacht“ in Köln in einem Artikel unter dem Titel „Es muß ein Ende haben“, aufgeworfen. Es ist allgemein bekannte Tatsache, daß im ganzen Lande die Stimmung bis zum äußersten gereizt ist gegen das Schwarzbrot, das sich breit macht. Die herausenen Instanzen dürfen nicht länger mehr mit verächtlichen Armen zugehen, wie die breiten Schichten der Bevölkerung von den Schurken, die man Schieber und Wucherer nennt, ausgebeutet werden. Behördlicherseits darf vor der Anwendung allerhöchster Maßnahmen gegen das Gesindel nicht länger mehr zurückgeschreckt werden.

Entschlossene Bekämpfung des Wuchers und Schieberhandels wurde auch in einer besonderen Entschliebung von unserer letzten Verbandsgeneralversammlung mit vollem Recht gefordert. Gewiß sind auch Faktoren anderer Art preiswertere, aber Tatsache ist doch auch, daß trotz Polizei und Genzarmerie der Wucher- und Zwischenverkauf ruhig und ungehindert seinen Fortgang nimmt, zum Schaden der Allgemeinheit. Den Behörden sind diese Zustände bekannt. Es muß denselben doch bald klar werden, daß mit Annahmungen allein nichts zu erreichen ist. Wir wollen genötigt nicht bei jeder Gelegenheit nach der Polizei rufen. Aber wo der Wucher und die Verschlebung so im Großen betrieben wird, wo nur ein verhältnismäßig kleiner Teil der Bevölkerung für schweres Geld sich einen solchen Erwerb leisten kann, dagegen die Mehrzahl, die solches Treiben mit ansehen muß, sich mit wenigem schlechten Schwarzbrot begnügen muß, da soll und muß Gehalt geboten werden. Zum wenigsten soll man verlangen, daß auch in dieser Beziehung die schwer gefährdete Autorität nicht vollständig in die Hände geht.

In der letzten Zeit konnten wir die erfreuliche Wahrnehmung machen, daß nicht nur allein die Generalversammlungen verschiedener christlicher Gewerkschaften, sondern auch mancherorts die Kartelle der christlichen Gewerkschaften sich in entscheidender Weise dieser wichtigen Fragen angenommen haben. Diese gegenwärtig bald unerträglich gewordenen Sorgen der Konsumenten drängen alle politischen Erwägungen und Fragen in den Hintergrund. Denn wir darum nachdrücklich etwas ausführlicher berichten über Konferenzen von Sekretären der christlichen Arbeiterbewegung des Niederrheins und des bergischen Landes, dann nur aus dem Grunde, weil die Stellungnahme dieser Konferenzen zu den schwersten Zeitnöten für alle Verbrauchsmitglieder von großem Interesse sein dürfte.

Gegenstand der Verhandlungen beider Konferenzen war die derzeitige Lage in den Bezirken, Lebensmittel, Stämmung und Erwerbslagen in den letzten Bevölkerungsgruppen.

Nachstehend veröffentlichen wir eine Entschliebung der Konferenz des bergischen Landes, die fast inhaltlich deckt mit den Eingaben, die von der Konferenz des niederrheinischen Bezirks an das Reichswirtschaftsamt und an alle übrigen maßgebenden Regierungsstellen gerichtet wurden.

Entschliebung

Durchdrungen von der Erkenntnis, daß eine genügende Versorgung der arbeitenden Bevölkerung mit Lebensmitteln, Bekleidung, Brennmaterial und Wohnungsgeldwerten für den bevorstehenden Winter sehr gefährdet ist, legt sich die Konferenz von Sekretären der christlichen Ge-

werkschaften und Arbeitervereine des bergischen Landes genötigt, Regierung und Behörden auf die traurigen Verhältnisse der Volksversorgung nochmals hinzuweisen und dringend Abhilfe zu fordern.

I. Lebensmittelversorgung.

a) Kartoffeln. Anfang Oktober 1918 war die Bevölkerung mit Kartoffeln reichlich eingedeckt. Außer den für mehrere Monate eingelagerten Mengen lagerten bei den Stadtvorkontrollen und Händlern meist große Vorräte. Heute sind dagegen die Stadtvorkontrollen nicht einmal in der Lage, die Tagesrationen ausgeben zu können. In eine Einkellerung und Vorratswirtschaft kann zurzeit garnicht gedacht werden, weil die Landwirte in den Lieferungsbezirken sich fast ausnahmslos weigern, Kartoffeln zu versenden. Die Erzeugerpreise sind ihnen nicht hoch genug angesetzt. Ob die Bevölkerung in den Bedarfsbezirken jetzt und während der Winterzeit ohne Kartoffeln ist, kümmert diese Preise anscheinend wenig. Bei Ueberreichung der Höchstpreise um das doppelte des Erzeugerpreises sind Kartoffeln genügend zu haben. Wenn nicht schleunigst mit den schärfsten Mitteln eingegriffen wird und der Versand an die Bedarfsbezirke in umfangreicher Weise erfolgt, sind die Städte bei dem bald zu erwartenden Frost ohne alle Vorräte. Die arbeitende Bevölkerung kann und wird das nicht ruhig hinnehmen. Von ihr wird Pflichterfüllung bis zum äußersten verlangt. Die gleiche Forderung ist an die Landwirte zu richten. Wo man den Lieferungsverpflichtungen nicht unverzüglich nachkommt, muß die Regierung nicht nur durch Enteignung der Kartoffeln, sondern der ganzen landwirtschaftlichen Betriebe die Bauern zur Erfüllung ihrer Pflichten zwingen. Wenn nicht genügend Arbeitskräfte freiwillig zur Verfügung stehen, müssen geeignete Arbeitslose in den Industriebezirken zur Erntearbeit und Verladung gezwungen werden.

b) Wintergemüse. Die gleichen Mißstände wie bei der Kartoffelversorgung sind bei der Belieferung mit Wintergemüse festzustellen. Die abgeschlossenen Lieferungsverträge werden von den Landwirten meist nicht erfüllt. Sie verlangen von den Städten einen erheblichen Aufschlag auf die vertraglich festgelegten Preise für Weißkohl und sonstiges Wintergemüse. Verpflichtung der Städte zur gerichtlichen Anzeige aller vertragsbrüchigen Landwirte muß gefordert werden. Außerdem sind die gleichen scharfen Maßnahmen anzuwenden, wie sie für die Sicherstellung der Kartoffellieferung in Vorschlag gebracht werden.

c) Brot. Die gegenwärtigen Rationen sind ausreichend, wenn die Verteilung der in den letzten Monaten abgegebenen Rationierungen beibehalten werden kann. Leider ist die Verteilung von Auslandsmehl durch die Gemeinde eingestellt worden. Das Brot ist seit längerer Zeit schlecht und vielfach kaum genießbar. Dagegen sieht man in Konditoreien, Kaffees und Feinbäckereien Kuchen und Feinbrotwerk in immer größeren Mengen aufgestapelt. Wer über die nötigen Geldmittel verfügt, braucht das minderwertige und ungenießbare Brot nicht zu kaufen; er kann Feinbrotwerk, Kuchen und reines Weizenmehl in genügenden Mengen haben. Allgemein ist die Meinung verbreitet, daß das von den Kommunalverwaltungen gelieferte Mehl besser ansehe und zu Feinbrotwerk verarbeitet wird, während das minderwertige Mehl zur Brotherstellung dient. Schärfste Kontrollmaßnahmen sind unerlässlich. So lange gutes Mehl nicht in genügenden Mengen zur Brotversorgung vorrätig ist, die Herstellung von Kuchen und Feinbrotwerk gänzlich zu verbieten; ebenso der freihändige Verkauf von Mehl. Der gegenwärtige Zustand wirkt direkt aufreizend auf die minderbemittelte Bevölkerung.

d) Fleisch. Die Ausgabe von frischem Rindfleisch erfolgt nur noch sehr selten und in kleinsten Rationen. Fleisch von inländischen Schweinen gelangt seit Jahren nicht mehr zur Verteilung. In Restaurationen sowie im Schleichhandel ist alles frische Fleisch in genügenden Mengen zu haben, allerdings zu Preisen, welche die Arbeiter, Angestellten und weite Kreise des Mittelstandes nicht anlegen können. Für diese Kreise gelangen die minderwertigen und dabei sehr teuren Fleischkonserven zur Verteilung. Schließung der Restaurants, welche gegen die Bestimmungen über die Fleischversorgung verstoßen, ist das einzige Mittel zur Behebung dieser Mißstände und wird dringend gefordert.

Seit die behördliche Verteilung von Auslandsmehl zu verbilligten Preisen eingestellt wurde, schnellen die Preise im Freiverkehr von Tag zu Tag heraus. Sie sind in wenigen Wochen von 9,50 M. auf 14,50 M. gestiegen. Die jedwede Auktion durch die vereinigten Kommunalverwaltungen und rationierte Abgabe zum Einheitspreise. Der Freiverkehr ist gänzlich zu verbieten.

e) Fettwaren. Die Ausnahmen über Speck treffen vollinhaltlich zu auf den Verkauf von Auslandsfett. Naturbutter gelangt nicht mehr zur Ausgabe, sondern nur noch Margarine. Der jedoch 22 M. bis 25 M. für das Pfund anzulegen in der Lage ist, kann jedes beliebige Quantum an Naturbutter haben. Nach den letzten Mitteilungen soll der Preis für Margarine wieder erheblich steigen. Beschließung aller Vorräte, Verbot jeden Freiverkaufs und Rationierung sind unerlässlich.

f) Milch wird trotz der unerhöht hohen Preise nur in unzureichenden Mengen geliefert. Die minderbemittelten, linderreichen Familien können den Preis nicht mehr ertragen. Auch mit diesem Produkt wird ein lebhafter Schleichhandel getrieben, insbesondere in verbotenen Aufnahmestellen. Wo solches festgestellt wird, fordern wir die Enteignung der Milchflöhe. Für linderreiche, minderbemittelte Familien ist die Milch unter Gewährung von Zuschüssen zu verbilligten Preisen abzugeben.

g) Eier. Seit dieselben nicht mehr öffentlich bewirtschaftet werden, ist die Preissteigerung eine derart schel-

hafte, daß die ärmere Bevölkerung selbst für Kranke und sonst dieses Nahrungsmittels dringend Bedürftige darauf verzichten muß.

h) Hülsenfrüchte und sonstige Nahrungsmittel sind gleichfalls nur noch zu unerhöht hohen Preisen zu haben, seit eine Rationierung nicht mehr stattfindet.

Wir fordern für die Steigerung der Erzeugung eine bessere Belieferung der Landwirtschaft mit Kunstdünger, Kraftfutter, Zuchtvieh und Saatgut durch geeignete behördliche Maßnahmen. Nur bei einer vermehrten Erzeugung und besseren Versorgung der Bevölkerung wird der notwendige Preisabbau durchzuführen sein.

Schiebertum und Schleichhandel ist in rücksichtslosester Weise zu bekämpfen. Die in vorstehenden Darlegungen aufgeführten Uebertretungen der Höchstpreise sowie die Zurückhaltung dringend notwendiger Lebensmittel vollzieht sich allwärts unter den Augen der Behörden. Die Regierung ist gleichfalls genau unterrichtet. Trotzdem werden keine wirksamen Abhilfe-Maßnahmen getroffen. Jede Staatsautorität geht dadurch verloren. Es darf daher nicht überraschen, wenn in den weitesten Schichten der arbeitenden Bevölkerung immer mehr der Ueberzeugung Ausdruck gegeben wird, daß manche Behörden und Beamten dem Uebel nicht steuern wollen, weil sie ein persönliches und finanzielles Interesse daran haben. Dieser verderblich wirkenden Meinung kann nur durch rücksichtslose Maßnahmen gegen den Wucher begegnet werden. Pflichtvergesene Beamte sind ohne jede Rücksichtnahme zu beseitigen und mögen dieselben noch so hoch stehen. Gerade in Düsseldorf, dem Siege der Regierung unseres Bezirkes, treibt der Wucher, der Schieber- und Schleichhandel die tollsten Blüten, ohne daß ernstlich zugegriffen wird. Wir fordern die Errichtung von besonderen Wucherämtern in allen Gemeinden und eines Bezirkswucheramtes in Düsseldorf zur umfassenden und planmäßigen Bekämpfung des Wuchers. Diese Ämter sind durch Vertreter der Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenorganisationen aller Richtungen zu besetzen unter Zuziehung erfahrener Juristen und Polizeibeamten. Ebenso sind an allen Orten Vertreter der Arbeiterschaft als Kontrolleure haupt- und nebenamtlich zu bestellen, welchen die Ueberwachung des Verkehrs an den Bahnhöfen, wie der Autos, des Handels und insbesondere der Preisgestaltung obliegt. Denselben muß das Recht der sofortigen Weislagnahme eingeräumt werden. Die Preisprüfungsstellen sind weiter auszubauen; denselben sind richterliche Befugnisse zu erteilen; die Zusammenziehung muß so erfolgen, daß die Hälfte der Befugnisse aus dem Preise minderbemittelter Verbraucher berufen wird. Alle ausgestellten Lebensmittel und Bedarfsartikel sind mit Preisen zu versehen. Die Strafen für Wucherer und Schieber sind wesentlich zu verschärfen. Außer hohen Freiheitsstrafen muß in jedem Fall der einhundertfache Betrag des übermäßigen Gewinnes eingezogen werden. Für jede Anzeige eines Wucherers und Schiebers ist nach erfolgter Aburteilung dem Anzeigenden die Hälfte des eingezogenen Gewinnes als Belohnung auszuzahlen. Dadurch werden sich diese eigensüchtigen Menschen selbst an den Pranger bringen. Weiterhin ist die Schließung aller Restaurants und Hotels vorzunehmen, wo nachweislich der Schieberhandel betrieben wird. Den polizeilichen Organen der größeren Städte sind diese Lokaliäten genau bekannt. Vor allem richten wir aber auch an alle anständigen Bürger, denen das Wohl des Volkes und die Gesundheit unserer wirtschaftlichen Verhältnisse am Herzen liegt, den dringenden Appell, jeden Verstoß gegen die bekannten Bestimmungen, jede Zurückhaltung von Lebensmitteln und Bedarfsartikeln und jede Preisüberschreitung unachlässig zur Anzeige zu bringen. Nur wenn alle anständigen Menschen den Kampf wider Wucher und Schiebertum aufnehmen, ist eine Besserung zu erwarten.

II. Bekleidung.

Die Notlage in den minderbemittelten Familien verschärft sich von Tag zu Tag. Die Preise für Leib- und Bettwäsche sowie für Bekleidung sind unerhörlich geworden. Seit das Leder nicht mehr öffentlich bewirtschaftet wird, haben sich die Schuhpreise fast verdoppelt. Alle Vorräte sind aufgebraucht. In die Beschaffungen von dringend notwendigen Unterzeugen, Oberbekleidung und Schuhwerk für den bevorstehenden Winter kann nicht gedacht werden. Die Reichsregierung hat wiederholt versprochen, daß unter Mitwirkung der Konsumvereine die Verteilung der Bestände der Reichstextilaktiengesellschaft sowie der Bekleidungsbeschaffungsämter und der Heeresbestände an die minderbemittelte Bevölkerung erfolgen soll. Die Konsumgenossenschaften haben jedoch bis heute noch nichts von diesen Textilwaren erhalten. Die Bestände sind zum Teil in den Freihandel gegangen, wo sie meist ohne jede Preiskontrolle abgegeben werden. Anzüge im Preise von 800 und 1000 Mark, angefertigt aus billigen Stoffen der Reichsstellen, sind in Geschäften zu haben. So werden die wohlhabenden Wucherer und Schieber versorgt, während die ärmeren Bevölkerungsschichten nicht das allernotwendigste zur Bekleidung haben. Die Regierung darf sich nicht wundern, wenn angesichts solcher unerhöhten Vorkommnisse die breiten Volksschichten jedes Vertrauen zu ihr verlieren. Wir fordern sofortige Verteilung der noch vorhandenen Vorräte.

III. Kohlen.

Obgleich wir hier im Bezirk auf der Kohle sitzen, sind die herangeschafften Mengen zur Versorgung für den Winter bei weitem nicht ausreichend. Die übergroße Mehrzahl der Familien konnten nicht einkellern. Der jedoch 10 bis 15 M. pro Zentner zahlen kann und gleich einen halben und ganzen Waggon bestellt, erhält diese Menge prompt geliefert. Angeblieh fehlt es an Transportmitteln. Die Lokomotiven der Gemeinden sowie der Kohlenhändler können vielfach nicht fahren, weil die notwendigen Betriebsstoffe fehlen. Für die Lokomotiven der Schieber

und Schleichhändler sind Brennstoffe genügend vorhanden. Diese Gefahr ist rasen Tag und Nacht durch die Straßen und gefährden die Verkehrssicherheit. Warum wird hier nicht ernstlich zugegriffen? Während die ärmere Bevölkerung frisst und zum Teil im Dunkeln sitzt, sind die Vergnügungstätten wie Ringel-Langel, Cabarets, Koffees, Kinos, Theater und Tanzlokale gut geheizt und erstrahlen in einem Lichtmeer. Wir fordern die Schließung aller Vergnügungstätten, den Frühlings aller Restaurants und Kaffees, bis genügend Kohlen für den Hausbrand und die Industrie herangeschafft sind.

IV. Wohnungen.

Der herrschende Wohnungsnot ist mit allen Mitteln zu begegnen. Für das wirksamste dieser Mittel halten wir die Neuherstellung von Wohnungen durch die Kommunalverwaltungen. Alle nicht notwendigen Bauten wie Kinos und dergleichen sind zu verbieten. Dem Materialmangel kann durch Zuführung von Kohlen an die Ziegeleien zum Teil abgeholfen werden. Der großen Schieberei mit Baumaterial wie Ziegel und Zement ist durch scharfe Ueberwachung und rücksichtslose Bestrafung zu begegnen. Die Nationalisierung der Wohnungen ist unumgänglich notwendig.

Die geschilderten Mißstände und die Notlage der Bevölkerung lassen uns mit erster Sorge dem kommenden Winter entgegensehen. Wir fordern in letzter Stunde Regierung und Behörden auf, dem Uebel zu steuern und unser Volk vor weiteren gemaltätigen Erschütterungen zu bewahren. Die minderbemittelten Schichten werden zur Selbsthilfe getrieben, wenn Regierung und Behörden der Auswucherung des Volkes tatenlos zusehen. Jede Lohnerhöhung wird durch die unausgesetzten Preissteigerungen illusorisch gemacht. Weite Kreise der Arbeiterschaft sowie der Angestellten und Beamten sind kaum noch in der Lage, die rationierten Lebensmittel zu kaufen. Diese Kreise haben es satt, für das Wucher- und Schiebertum zu arbeiten und zu darben. Der Kurswert unserer Mark wird durch massenweise Einfuhr von Luxuswaren und Genussmitteln immer weiter herabgedrückt, ohne daß die Behörden bisher in ernstlicher Weise diesem Uebel gesteuert haben. Dadurch werden unserer Industrie die aus dem Auslande benötigten Rohstoffe immer mehr verteuert, Lebensmittel und Bedarfsartikel im Preise immer höher getrieben. Dem Uebel ist nicht nur durch behördliche Maßnahmen zu begegnen, das Gewissen des Volkes muß geweckt werden. Hierzu ist die unausgesetzte Zusammenwirkung von Regierung, Behörden, Parlamenten und der Presse mit den Führern des Volkes unumgänglich notwendig. Jeder anständige Mensch muß den Kampf gegen den Wucher und die Vergnügungssucht aufnehmen.

Der Konferenz muß das Zeugnis ausgestellt werden, daß sie wirkliche praktische Arbeit zum Wohle der Allgemeinheit geleistet hat. Die gegebenen Anregungen verdienen die weitgehendste Beachtung aller maßgebenden Kreise und besonders der Behörden. Was aber die Schieber und Wucherer anbetrifft, so kann nicht oft und nicht nachdrücklich genug der Forderung Ausdruck gegeben werden:

Nieder mit den Schiebern!

Diese verdienen herausgeholt zu werden aus den Kaffeehäusern und Restaurants und aus den Vergnügungstätten, aus den Winkeln der Prasserei und der Orgien und hineingesteckt in die Jacke der Zwangsarbeit.

Allgemeine Rundschau.

Giterbenken, die den ganzen Volkkörper zu verfeuchten drohen,

sind nachgerade die Wucherer und Schieber im ganzen Lande geworden. Alle Volkskreise sehen mit wachsender Erbitterung auf dieses Tun und Treiben, das dem Bild der Großstädte heute schon fast den ausschlaggebenden Charakter gibt. Das mühe- und strapellose Geldverdienen und Leben auf Kosten der darbenenden Gesamtheit hat schon im Kriege viel böses Blut erzeugt und ist zu einem sehr großen Teile an unserem Zusammenbruch mit schuld gewesen. Wir hatten gehofft, daß mit Schluß des Krieges auch jene widerliche Erscheinung in unserem Volksleben verschwinden würde. Diese Enttäuschung ist aber jetzt umso größer, da sich heute das Schiebertum nicht minder allerorten breitmacht.

Es hat den Anschein, daß die Behörden vollständig machtlos diesen Verhältnissen gegenüberstehen. Wenn man auch dann und wann einmal Schiebern auf die Spur kommt und sie festsetzt, so bleiben noch immer hunderte und tausende anderer übrig, die ihr einklagliches Geschäft fortführen. Das sind Zustände, die dauernd nicht haltbar sind, wenn wir die Verderbnis in unserem Volke nicht weiterreifen lassen wollen. Es muß Mittel und Wege geben, diesem Unraj zu steuern.

Die „Kölnische Zeitung“ Nr. 862 empfiehlt ein großzügiges Vorgehen, unternommen und tatkräftig durchgeführt von den gesamten Verwaltungskörpern des Staates und der Gemeinden. Einzelmaßnahmen seien heute kaum noch imstande, jene üble Erscheinung aus unserem Wirtschaftsleben zu beseitigen. Treffend bemerkt sie dann noch weiter:

Man soll sich nicht scheuen, auch gegen unwürdigen Luxus vorzugehen, wie er heute eine tägliche Erscheinung im Treiben der Großstädte ist und gegen die Not so vieler kriegsbeschädigter Familien besonders grell abtritt. Arbeiterschaft sowohl wie Bürgerum müssen heute härter kämpfen, um das Leben ihrer Angehörigen in notdürftiger Weise zu fristen. Da muß es erbittern, wenn auf Schritt und Tritt das übermäßige Wohlleben gewisser Kreise augenfällig in unseren Groß-

städten in die Erscheinung tritt und sich rücksichtslos breitmacht. Man glaube doch nicht, daß die Besteuerung des Kriegsgewinns oder dergleichen allgemeine Mittel irgendwelche Wirkung auf diese leichtverdienenden Kreise ausübt. Ihren Verdienst zu kontrollieren und steuertechnisch zu erfassen, wird keine Macht des Staates vermögen. Man muß das Uebel an der Wurzel fassen und die Gelegenheit zu solchen Willkürverdiensten unterbinden. Festzustellen, welche Mittel dazu angewandt werden können, sollte eine Aufgabe der Zusammenarbeit aller behördlichen Stellen werden.

In einem längeren lehrreichen Aufsatz der Westdeutschen Wochenschrift vergleicht Dr. Fritz Coerber diese oben geschilderten Vorgänge mit einem unterirdischen Vulkan, der mit elementarer Gewalt zum Ausbruch drängt, wenn dem Schiebertum noch länger gestattet würde, seinen wahnwitzigen Tanz um's goldene Kalb auf diesem Vulkan weiter zu tanzen.

Das eine ist jedenfalls gewiß: Was auch gegen diese moderne Volksausbeutung unternommen werden mag, wir kommen unserem großen Ziele nicht um einen Schritt näher, sondern opfern all unser Bemühen nur dem einen großen Moloch, solange nicht dem Schiebertum ein Ende, wenn auch ein Ende mit Schrecken, bereitet wird.

Aus unserer Industrie.

Die Geschäftstage des deutschen Webstoffgewerbes zeigt in dieser Woche regere Nachfrage für Wirt- und Strickwaren, ebenso für wollene Gewebe und zwar besonders für Herrenbekleidungsstoffe. Infolge der außerordentlich hohen Preise für ausländische, insbesondere für englische Fabrikate, gelingt es den Herstellern und Zwischenhändlern, ihre Erzeugnisse, selbst in minderen Qualitäten, abzusetzen. Für wollene, halbwoollene und seidene Damenkonfektionsstoffe bleibt die Nachfrage ebenfalls befriedigend. Die Preise sind in allen Fällen fest. Eine besondere Veränderung der Gesamtlage in der Jute-, Leinen- und Baumwollindustrie ist in dieser Woche nicht eingetreten.

Das Ausfuhrverbot für ägyptische Baumwolle nach Europa.

wird formell noch immer aufrecht erhalten, doch scheint es, als ob die Spekulation hierbei ihre Hände im Spiel hat, da tatsächlich nach einzelnen Ländern Baumwollsendungen abgegangen sein sollen. Wie weiter verlautet, beabsichtigen die Länder, in denen keine Mastogarne hergestellt werden, wozu die ägyptische Baumwolle nötig wird, bei den in Betracht kommenden Stellen Protest gegen das Ausfuhrverbot einzulegen.

Die Höchstpreise für Textilfabrikate in Italien.

sollen auch weiterhin aufrecht erhalten bleiben. Als Grund dürfte wohl die Tatsache anzusehen sein, daß Rohstoffe noch immer nicht in genügender Menge vorhanden sind.

Weitere Erhöhungen der Preise für Filzschuhe.

Die „Vereinigung deutscher Filzschuhfabrikanten“ erhöhte die Preise für die Kontingentsfüße um 4,20 bis 7,80 M. für das Kilogramm.

Aus unserer Bewegung.

Ordentliche Bezirkskonferenz des Verbandsbezirks Crefeld.

Die Sonntags vorherrschenden schlechten Verkehrsmöglichkeiten, dazu am 28. September kaltes Regenwetter, haben den Besuch unserer für diesen Tag angesetzten Bezirkskonferenz in ungünstigem Sinne beeinflusst. Das Interesse der Kollegen und Kolleginnen an den Verhandlungen war aber desto erfreulicher. Als Vertreter des Zentralvorstandes wohnte der zweite Vorsitzende unseres Verbandes, Kollege Fahrbrach, den Verhandlungen bei. Nach Besetzung des Büros, in welcher die Kollegen Stiels-Crefeld, Schinkels-Schieflahn, Hausmann-Hüls, die Kolleginnen Stelles-Debt und Struden-Biersen gewählt wurden, erstattete unser Bezirksleiter, Kollege Müller, den Jahresbericht. Der vielseitige Bericht gab ein Bild machtvolles Vorwärts- und Aufwärtstrebens. Tausende neuer Mitglieder wurden für den Verband gewonnen und die Lohn- und Einkommensverhältnisse der Textilarbeiter durch die Tätigkeit des Verbandes wesentlich gesteigert. Anknüpfend an den Bericht gab Kollege Fahrbrach Anschließung über die von der Generalversammlung bereits beschlossene Neuregelung der Verbandsbezirke. So soll unter anderem auch aus den bisherigen Bezirken Crefeld und Barmen-Cberfeld ein einheitlicher Verbandsbezirk gebildet werden.

In der lebhaften Aussprache zum Geschäftsbericht fand die Tätigkeit des Bezirksleiters volle Billigung, jedoch wünschten die Delegierten für die Zukunft über aufstachende wichtige Fragen, besonders bei größeren Lohnbewegungen, schnelle und regelmäßige Informationen seitens der Bezirksleitung. Die von der Generalversammlung beschlossene Vermehrung der Verbandsbezirke wurde als vorteilhaft, sowohl im Verbands- wie Arbeiterinteresse gezeugt, anerkannt.

Ueber „Arbeitsgemeinschaft zwischen Unternehmer- und Arbeiterorganisationen der Textilindustrie und Tarifvertragswesen“ referierte Kollege Fahrbrach. Derselbe verbreitete sich über das Zustandekommen und den Werdegang der Arbeitsgemeinschaft für die Textilindustrie

und machte an Hand einer interessanten Zeichnung die Konferenzteilnehmer mit dem Aufbau der Arbeitsgemeinschaft vertraut. Im zweiten Teil seines Vortrages behandelte Redner das Tarifvertragswesen in der Textilindustrie und die Bedeutung desselben für die Arbeiterschaft. An den mit sichtlichem Interesse aufgenommenen lehrreichen Vortrag fand ein reger Meinungsaustausch über Lohnbewegungsfragen statt und mußte Kollege Fahrbrach über die verschiedensten an ihn gestellten Fragen Auskunft geben. Als unverständlich und unbegrifflich bezeichnete die Konferenz das bisher ablehnende Verhalten der linksrheinischen Arbeitgeber bei der Bildung der Bezirksgruppe Rheinland gegenüber. Nach ihrer Auffassung dürften sachliche Momente hierfür auf Arbeitgeberseite wohl nicht ausschlaggebend sein, sondern andere Gründe vorherrschen. Dennoch erhofft die Konferenz das baldige Zustandekommen der Bezirksgruppe, welches sowohl im Arbeitgeber- wie im Arbeitnehmer- und im gesamten Volksinteresse liege.

Der nun folgende Redner, Kollege Marquardt-Crefeld, referierte über das Thema: „Unsere demnächst wichtigsten Aufgaben“. Als eine der wichtigsten Aufgaben mit bezeichnete der Referent den systematischen Ausbau der Branchenkommissionen, die in der Jetztzeit, besonders auf dem Gebiete des Tarifwesens, sich erfolgversprechend betätigen könnten. Die Konferenz beschloß einstimmig, baldigt den Anregungen des Kollegen Marquardt nachkommen zu wollen.

Unter Punkt vier der Tagesordnung war die Wahl des Bezirksleiters, des stellvertretenden Bezirksleiters und des Bezirksbeirates vorzunehmen. Einstimmig wurde Kollege Müller als Bezirksleiter wieder- und Kollege Marquardt als Stellvertreter neugewählt. Als Mitglieder des Bezirksbeirates gingen die Kollegen Karl Esser-Crefeld, Fr. Stichteln, Niehen-Lobberich und die Kollegin Siebes-Kempen aus der Wahl hervor.

Kollege Müller unterbreitete der Konferenz die bedeutamsten Beschlüsse der Verbandsgeneralversammlung. Hierzu gaben die Kollegen der Ortsgruppe Lobberich die Anregung, angesichts der großen Aufgaben, die die Ortsgruppen des Bezirks zu erfüllen berufen sind, denselben zu empfehlen, einen einheitlichen Sozialzuschlag von 20 Pfg. wöchentlich zu erheben. Die Bezirkskonferenz erklärte sich mit diesem Vorschlage einverstanden.

Hiermit war die umfangreiche Tagesordnung erschöpft. Mit Worten des Dankes an die Teilnehmer und mit der Bitte des Bezirksvorsitzenden, auch weiterhin mit Idealismus und Opferfreudigkeit im Dienste unseres christlichen Textilarbeiterverbandes sich zu betätigen, fand die anregend und lehrreich verlaufene Konferenz ihren Abschluß.

Bezirkskonferenz des Bezirks „Münsterland“.

Am 28. v. Mts. fand im Gesellenhause zu Münster die ordentliche Bezirkskonferenz des Bezirks „Münsterland“ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter statt. Acht Beamte und 75 Delegierte vertraten über 15000 Mitglieder. Als Vorsitzende wurden die Kollegen Camps-Münster und Heele-Bocholt gewählt, als Schriftführer die Kollegen Artkötter-Herne und Wolf-Gronau, sowie als Beisitzer die Kollegen Schäfer-Borghorst und Kerthoff-Gronau. Kollege Heele-Bocholt erstattete den Bericht über die außerordentliche Verbands-Generalversammlung. Aus dem Rahmen seines Vortrages hob er, nachdem zuvor die Anwesenden mit dem Ernst der Zeit besonders auf wirtschaftlichem Gebiete bekannt gemacht waren, besonders drei Punkte hervor. Erstens die Arbeitsgemeinschaft in der gesamten Industrie, deren Aufbau er an Hand einer Karte erklärte, zweitens Sozialisierung und Rätefragen, und drittens unsere grundsätzliche Stellung der christlichen Gewerkschaften. Das Räteystem, wie es die christlichen Gewerkschaften als notwendig erachten, sowie insbesondere die grundsätzliche Stellung der christlichen Gewerkschaften in der Neuzeit, fanden die entscheidende Würdigung. Entschieden wurde der an einigen Orten zu Tage tretende Terror verurteilt. In der Diskussion wurde noch manches Anregende zu Tage gefördert, und erfreulicher Weise stellten sich alle Delegierten geschlossen auf den Boden der beschlossenen Beitragserhöhung, dem selbstverständlich auch erhöhte Unterstüzungen gegenüber stehen. Die Wahlen ergaben die Wiederwahl der beiden Bezirksvorsitzenden Camps und Heele, denen als Bezirksbeirat die Kollegen Quetsmann-Nordhorn, Schäfer-Borghorst, Dehmes-Stadthorn, Stevens-Boxten, sowie die Kolleginnen Dreihues-Emsdetten und Ernst-Dohtrup an die Seite gestellt wurden. Der Bezirk wurde in nachstehende Sozialsekretariatsbezirke eingeteilt: 1. Haus-Loesfeld, 2. Bocholt, 3. Gronau, 4. Nordhorn, 5. Hielefeld, 6. und 7. Rheine-Emsdetten. Als letzter Punkt der Tagesordnung wurde dann noch die Lebensmittelteuerung und der besonders in letzter Zeit an der Grenze zu Tage getretene Korn- und Viehmuggel besprochen und einstimmig nachfolgende Resolution angenommen:

„Die heute im Gesellenhause zu Münster tagenden aus allen Industrieorten des Münsterlandes stark vertretenen Delegierten des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands, Bezirk Münsterland, richten an die maßgebenden Behörden der Provinz und Kommunen nochmals die dringende Bitte, der weiteren Lebensmittelteuerung, besonders aber dem Lebensmittelmucher und Lebensmittelmuggel entschieden entgegen zu treten. In letzter Zeit machte sich in den an der holländischen Grenze gelegenen Teilen der Provinz besonders der Korn- und Lebensmittelmuggel stark bemerkbar. Gewissenlose Händler scheuen sich nicht, Korn zu Preisen von über 100 M. pro Zentner nach Holland zu verkaufen, unbestimmt darum, ob unsere Brotversorgung dadurch unendlich gemacht wird. Hier müssen alle Kräfte zusammenwirken, um diesem Verbrechen an der Allgemeinheit entgegen zu wirken. Der Grenzschutz muß

wirksam gestärkt und organisiert werden. Alle Volksgenossen, die noch nicht angesteckt sind von rein egoistischen und mammonistischen Ideen müssen mitwirken, solchen Schädlingen am Volkskörper das Handwerk zu legen. Die christlich organisierte Arbeiterschaft macht ganz besonders die Bauernorganisationen auf diesen Uebelstand aufmerksam, damit auch diese Mittel und Wege suchen, diesem gemeingefährlichen Treiben der Wucherer und Schmuggler Einhalt zu tun. Hier handelt es sich um die wichtigsten Lebensinteressen des gesamten Volkes und deshalb ist dringende Hilfe notwendig. Wenn nicht sofort die allerstärksten Maßnahmen getroffen werden, wird unserer Brotversorgung ein Schaden erwachsen, der zu den schlimmsten Folgen führen muß.

Mit einem kräftigen Schlussworte und einem begeistert aufgenommenen Hoch auf die christliche Gewerkschaftsbewegung wurde dann die eindrucksvolle Tagung geschlossen.

Gaulkonferenz in Forst-Lausitz.

Am 27. und 28. September tagte in Forst unsere diesjährige Gaulkonferenz, die sehr gut besucht war. Die ganzen Verhandlungen gestalteten sich äußerst lebhaft und regte. Da Kollege Fassbender durch Tarifverhandlungen verhindert war, am ersten Tage an der Konferenz teilzunehmen, erstattete Kollege Meißner Bericht über die Verhandlungs-Generalversammlung. In klaren und leichtverständlichen Worten erläuterte derselbe die in Düsseldorf gefassten Beschlüsse.

An diesen Bericht knüpfte sich eine äußerst lebhaft diskutierte. Alle Diskussionsredner erkannten an, daß wir unsere Beiträge erhöhen müßten, um eine starke Kasse zu bekommen, damit der Verband in die Lage versetzt wird, bei wirtschaftlichen Kämpfen den Mitgliedern einen Rückhalt zu bieten. Die Konferenzteilnehmer beschloßen, in allen Ortsgruppen dafür einzutreten, daß für männliche Mitglieder ein Wochenbeitrag von 1,10 M. und für weibliche Mitglieder 90 Pfg. erhoben werden sollen. Außerdem soll ein Lokalbeitrag von 20 Pfg. erhoben werden, wovon pro Mitglied und Woche 5 Pfg. an die Bezirksleitung abzuführen sind, um die Bezirkskosten zu decken.

Abends fand dann noch eine größere Versammlung statt, die ebenfalls gut besucht war. In derselben referierte Kollege Meißner über die Arbeitsgemeinschaft und Tarifverträge. Auch dieser Vortrag fand allseitigen Beifall und rief eine lebhaft diskutierte hervor. In der ersten Stunde erschien noch der Kollege Fassbender und berichtete über die gepflogenen Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband. Er führte aus, daß er leider nicht in der Lage sei, mitteilen zu können, daß über die eingereichten neuen Lohnforderungen eine Einigung erzielt worden sei. Trotz mehrtägiger Verhandlungen war es nicht möglich, dieselben zum Abschluß zu bringen. Sollte die Arbeiterschaft zufrieden gestellt werden, dann müßten ohne Zweifel die Arbeitgeber ihre Zugeständnisse noch einer gründlichen Revision unterziehen.

Am zweiten Tage waren die Delegierten wieder vollständig zusammen. Kollege Fassbender erstattete nunmehr einen ausführlichen Bericht über den Gau Niederlausitz. Aus dem umfangreichen Bericht war zu entnehmen, daß im Laufe des letzten Jahres vieles für die Arbeiterschaft getan worden ist und daß die Löhne sich bedeutend gebessert hatten. Besonders eingehend behandelte der Referent den Terrorismus der Genossen, der sich überall bemerkbar gemacht hatte und in Guben sogar zu einem 2 1/2 wöchentlichen Streik führte. Trotz all der Versuche, unsere Mitglieder, teils durch Berprechungen, teils durch Drohungen zu veranlassen, dem Verbandsstreik zu werden, haben wir unsere Mitgliederzahl bedeutend steigern können. Wenn das Resultat auch hätte besser sein können, so darf man nicht außer acht lassen, unter welchen Umständen wir zu kämpfen haben.

Auch an diesen Vortrag schloß sich eine lebhaft diskutierte an. Allseits wurde das unkollegiale und unbillige Verhalten der „Freiorganisierten“ scharf verurteilt. Im Anschluß daran berichtete Kollege Fassbender auch hier über die mit dem Arbeitgeberverband für die Niederlausitz geführten Verhandlungen über den neuen Lohnsatz. Da die anwesenden Delegierten sich mit den gemachten Zugeständnissen nicht zufrieden geben konnten, wurde der Gaulleiter beauftragt, dahin zu wirken, daß ein befriedigendes Resultat erzielt werde.

Nach einem kurzen Schlussworte des Gaulleiters, worin er besonders betonte, das Gebörte zu beherzigen und in den einzelnen Ortsgruppen in die Tat umzusetzen, schloß der Vorsitzende der Konferenz, Kollege Gustav Buchst, mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf die christlich-nationale Arbeiterbewegung die schon verlaufene Konferenz.

Ueber die Bedeutung der Arbeitervertreterwahlen

endet uns ein langjähriges Mitglied, gefüllt auf praktische Erfahrungen, folgende Ansicht:

Wenn wir einen Blick in die Vergangenheit werfen, so finden wir die früheren Zustände heute kaum noch glaublich. Besonders hat sich eine große Wandlung seitens der Unternehmer gegenüber den Arbeitern vollzogen. Das frühere Verhalten der Unternehmer war vielfach ein Vorurteil, welches aber nicht begründet war. Viele sahen in dem Arbeiter einen persönlichen Feind, deshalb auch manchmal die Angst, sich ihm gegenüber zu kehren. Wenn diese aber einmal überwunden war, so lernte man den Arbeiter von einer anderen Seite kennen. Er ist auch ein Mensch und verdient auch als solcher beachtet und behandelt zu werden. Deshalb sollen bei jeder Wahl mit demselben die Vorurteile in sich selbst zu beseitigen. So es zu Verhandlungen kam, hat man eingesehen, daß auch mit Arbeitern sehr reden läßt, diese im

allgemeinen auch nicht das Unmögliche verlangen und auch Vernunftgründen zugänglich sind. Aus diesem Grunde sind dort, wo der Weg der Verhandlungen beschritten wurde, gute Erfahrungen gesammelt worden, die zu weiterer Gemeinschaftsarbeit ermutigen.

Es soll nun aber nicht behauptet werden, daß nicht hier oder da mal Entgleisungen vorgekommen sind. Für Arbeiter ist es schwer, das Sachliche vom Persönlichen zu unterscheiden. Dies ist ein wunder Punkt in den Verhandlungen der Arbeiterausschüsse mit den Unternehmern. Arbeiterseits wird hierzu die wenigste Veranlassung gegeben. Schreiber dieses hat öfters die Beobachtung machen können, wie den Arbeitervertretern persönliche Vorwürfe wegen oft ganz geringfügiger Fehler in Verhandlungen gemacht wurden, welche mit dem Verhandlungsgegenstand in gar keinem Zusammenhang standen und nur zur Einschüchterung dienen sollten. Wenn in solchen Fällen so ein Pieb pariert wurde, war das nicht immer unverbient, wurde aber dem Arbeiter angeliebt und in alle Welt hinausposaunt. Aus diesem Grunde können die Arbeiterausschüsse nicht oft genug darauf hingewiesen werden, in den Verhandlungen nur sachlich zu operieren und jede persönliche Anspielung, als nicht zur Sache gehörig, zurückzuweisen. In solchen Situationen müssen die Kollegen und Kolleginnen mit einer eisernen Willenskraft ausgerüstet sein und sich allen Zwang antun, wenn es auch schwer fällt. Ferner soll in Verhandlungen nicht mit Schlagworten operiert werden, sondern wir müssen uns auf beweisfähiges Material stützen. Dies bedingt, daß nicht jede Behauptung als bare Münze hingenommen, sondern zuerst eine Vorprüfung erfolgen muß. Hierbei wird sich in manchen Fällen herausstellen, daß vieles behauptet wird, was nicht aufrecht zu erhalten ist. Hierbei sei an etwas erinnert, was vor Jahren ein Fabrikant mal an einen Gewerkschaftsvorstand schrieb: „Eines Mannes Rede ist keines Mannes Rede, wenn man will die Wahrheit hören, muß man hören alle beide.“ Dies wurde von den Betreffenden gut gemerkt, was ihnen später manche unangenehme Situation erspart hat.

Ein anderer Umstand, der bisher viel zu wenig beachtet wurde, besteht darin, daß der Arbeiterausschuß die gesetzliche Vertretung der Arbeiter ist. Durch seine Wahl erhält der Arbeiterausschuß ein Mandat, die Arbeiter beim Unternehmer zu vertreten, mit anderen Worten, er ist der Bevollmächtigte seiner Mitarbeiter. Was der Arbeiterausschuß vereinbart, gilt als mit sämtlichen Arbeitern abgegeschlossen. Aus diesem Grunde soll dieser sich der Tragweite seiner Handlungen bewußt sein und diese wohl abwägen.

Als Notwendigkeit ergibt sich hieraus, daß die Arbeiterausschußmitglieder vor den Verhandlungen sich unter sich verständigen müssen.

Wenn der Arbeiterausschuß aber seine Zustimmung zu irgend einer Frage gegeben hat, so soll er aber auch für sie und seine Durchführung eintreten. Wenn er so handelt, wird er auch von Unternehmerseite als verhandlungsfähig angesehen, andererseits von den Arbeitern als Mandatnhaber respektiert. Dieses gilt nicht nur für die Arbeiterausschüsse, sondern auch für alle anderen Funktionen, die mit der Vertretung von Arbeiterinteressen betraut werden. Stetigkeit muß unsern Handlungen vorgezeichnet sein, dann erkämpfen wir uns selbst Achtung. Wenn aber etwas vereinbart ist, so darf man andern Tages nicht mit andern Vorschlägen kommen, sonst gibt man sich die Blöße, eine Sache schlecht vorbereitet und geprüft zu haben. Uebereilung ist deshalb zu vermeiden, unbekümmert darum, ob von übercrabitaler Seite gedrängt wird. Auch von solchen dürfen wir uns nicht zu Unbitten drängen lassen. Wenn finanzielle Gehege, die von erfahrenen Fachleuten ausgearbeitet, dann von berufenen und gelehrten Parlamentariern geprüft werden, eine dreimalige Lesung passieren müssen, so zeigt dies, mit welcher Vorsicht hier gearbeitet wird. Trotz dieser Vorsicht kommt es vor, daß nach einigen Jahren schon in eine Nachprüfung eingetreten werden muß. Wenn nun in einer Verhandlung der Arbeitervertreter mit den Unternehmern strittig vorkommen, so ist dieses wohl verständlich. Erkennen wir in solchen Fällen unterlaufene Fehler ruhig an und sorgen wir dafür, daß sie in Zukunft vermieden werden. Ein Fehler wäre es, läge, wenn wirklich vorliegend, abstrinken zu wollen. In solchen Fällen gibt die Vertretung den Prügelknaben an, über den alles herfällt, was aber im Interesse der Arbeiter vermieden werden muß.

Aus dem Vorstehenden ergibt sich, daß bei Wahlen, aus welchen die Vertreter der Arbeiter hervorgehen, die größte Vorsicht walten muß. Es genügt nicht, wenn einer mit Schlagworten um sich werfen kann, sondern es ist erforderlich, hierfür denkende Personen zu suchen. Wenn diese auch keine großen Reden halten können, dies ist weniger wichtig, das größte Gewicht muß darauf gelegt werden, solche Kollegen ausfindig zu machen, die wissen, was sie wollen und dieses energisch zu vertreten gewillt und befähigt sind. W. H.

Besondere Bekanntmachungen.

Im Interesse der Mitglieder machen wir darauf aufmerksam, daß mit dem Erscheinungstage dieser Nummer der 42. Wochenbeitrag im Jahre 1919 für die Zeit vom 12. bis 18. Oktober 1919 fällig ist.

Der Bericht über die Verbandsgeneralversammlung in unserm Verbandsorgan muß eine Aenderung und Ergänzung wie folgt erfolgen:

In den Zentralvorstand wurde auch der Bezirksleiter für Bayern, Kollege Peter Geier aus Augsburg gewählt.

Kollege Heinrich Camps ist nicht, wie es im Bericht angegeben war, in Deggendorf, sondern in München stationiert.

Gelesene Verbandszeitungen

dürfen nicht fortgeworfen, sondern müssen zur Verarbeitung bei den uns noch fernstehenden Kolleginnen und Kollegen benutzt werden. Manches Mitglied ist dadurch schon dem Verbandszugeführt worden.

An die Ortsgruppenleitungen.

Werte Kolleginnen und Kollegen!

- 1. Satzungen.**
Die neuen Satzungen sind fertiggestellt und den einzelnen Bezirks- und Lokalsekretariaten zur Verteilung an die Ortsgruppen zugesandt worden. Bestellungen der Ortsgruppen sind mithin nicht an die Hauptgeschäftsstelle in Düsseldorf, sondern an diejenigen Sekretariate zu richten, denen die Ortsgruppen zugeteilt sind.
- 2. Abrechnung.**
Die von der Verbandsgeneralversammlung beschlossenen Beitragsätze gelangen am 1. November zur Einführung. Um den Kassierern der Ortsgruppen Arbeit zu ersparen, soll die Abrechnung für das dritte Quartal erst Ende Oktober erfolgen. Diese Abrechnung erstreckt sich mithin auf die vier Monate, Juli bis Oktober einschließlich. Wo bereits mit Ende September eine Abrechnung erfolgte, muß für den Monat Oktober besonders abgerechnet werden.
- 3. Beitragsmarken.**
Alle alten Beitragsmarken verlieren mit dem 31. Oktober ihre Gültigkeit. Die in den Ortsgruppen vorhandenen Bestände an Beitragsmarken sind mit der Abrechnung an die Zentralkasse in Düsseldorf einzusenden. Die neuen Beitragsmarken müssen auf den zugesandten Bestellkarten sofort bei der Hauptgeschäftsstelle in Düsseldorf, Konfordiastraße 7, bestellt werden unter genauer Angabe der Anzahl für die einzelnen Beitragsklassen.
- 4. Lokalbeiträge.**
Die neuen Beitragsmarken enthalten nur den Ausdruck des an die Zentrale abzuliefernden Beitragsatzes. Der Lokalbeitrag wird durch die neuen Beitragsmarken nicht mehr quittiert. Für Mitglieder, welche z. B. 1.— M. Wochenbeitrag für die Zentralkasse zu zahlen haben, und außerdem 20 Pfg. Lokalzuschlag, mithin insgesamt 1,20 M., werden Beitragsmarken zu 1.— M. ausgegeben. Den Ortsgruppen werden besondere Zettel zugesandt, welche durch die Vertrauensleute bei der Erhebung des ersten Beitrags für den Monat November in die Mitgliedsbücher einzulieben sind. Auf diese Zettel ist der Lokalbeitrag einzutragen, welchen die Ortsgruppen erheben. Daraus kann jedes Mitglied ersehen, wieviel Lokalbeitrag jede Woche außer dem durch die Beitragsmarke quittierten Zentralbeitrag erhoben wird.
- 5. Bestellung von Broschüren.**
Laut Beschluß der Verbandsgeneralversammlung ist der Vortrag über „Arbeitsgemeinschaften und Tarifverträge“ im Druck erschienen. Das Schriftchen schildert in knapper Form Aufbau, Zweck und Aufgaben der Arbeitsgemeinschaften für unsere Textilindustrie. Im zweiten Abschnitt wird die zweckmäßige Ausgestaltung der Tarifverträge eingehend behandelt. Der Preis beträgt 50 Pfg. An Mitglieder unseres Verbandes wird das Schriftchen jedoch für 30 Pfg. abgegeben. Der Mehrbeitrag von 20 Pfg. für die an Nichtmitglieder abgegebenen Schriftchen fließt in die Ortsgruppenkassen. Alle Kolleginnen und Kollegen müssen im Besitze dieses Schriftchens sein, um ihre Interessen bei Abschluß und Durchführung der Tarifverträge sowie in den Arbeitsgemeinschaften wirksamer vertreten zu können. Bestellungen sind unverzüglich an die einzelnen Verbandssekretariate oder an die Hauptgeschäftsstelle in Düsseldorf zu richten. Der Vortrag des Kollegen Otto über „Sozialisierung und Räteystem“ ist gleichfalls im Druck erschienen und zum Preise von 30 Pfg. zu beziehen. Dieser Vortrag verdient die weiteste Verbreitung in allen christlichen Gewerkschaftsgruppen. Bestellungen sind sofort an die Sekretariate oder an die Hauptgeschäftsstelle zu richten.

Mit kollegialem Gruß!

Der Zentralvorstand.

Versammlungskalender.

Okt. 26. Oktober, 10 1/2 Uhr, bei Geschw. Bammel, Sachteln. Jeden zweiten und vierten Sonntag im Monat, morgens von 8 1/2—10 Uhr, Auskunftsverteilung in allen Verbandsangelegenheiten beim Kassierer, Kollegen Joh. Kopper, Gartenstr. 15.

Inhaltsverzeichnis.

Artikel: Das große Textilarbeiter-Glend und unsere wichtigste Aufgabe — Wann wird endlich mit den Schiefern und Wucherern gründlich aufgeräumt? — Allgemeine Rundschau: Eisenbahn, die den ganzen Volkkörper zu versetzen drohen. — Aus unserer Industrie: Die Geschäftslage des deutschen Textilgewerbes. — Das Ausfuhrverbot für ägyptische Baumwolle nach Europa. — Die Höchstpreise für Textilfabrikate in Italien. — Weitere Erhöhungen der Preise für Südzucker. — Aus unserer Bewegung: Ordentliche Bezirkskonferenz des Verbandsbezirks Grenz. — Bezirkskonferenz des Bezirks Münsterland. — Gaulkonferenz in Forst-Lausitz. — Ueber die Bedeutung der Arbeitervertreterwahlen. — Besondere Bekanntmachungen. — Versammlungskalender.

Verantwortlich für die Schriftleitung: G. Müller, Düsseldorf.